

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten mit Simmering-Nachrichten

Februar 2014

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

KPÖ, Piratenpartei, der Wandel und Unabhängige treten mit gemeinsamer Wahlliste bei der Europawahl an

Drei Parteien, die bei der letzten Nationalratswahl noch einzeln kandidiert haben, ziehen bei der Europawahl 2014 an einem Strang und bilden eine gemeinsame Wahlliste, auf der auch Unabhängige eine zentrale Rolle spielen werden. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung von der KPÖ, der Piratenpartei und dem Wandel unterzeichnet. Am 1. März findet der Gründungskonvent statt, auf dem die gemeinsamen KandidatInnen gewählt werden.

"Die Basis unserer Kooperation ist die Forderung nach einem Europa der Menschen statt einem Kontinent der Konzerne, Bürokratie und nationalistischen Interessen. Diesen Wunsch teilen nicht nur unsere drei Parteien, sondern auch sehr viele unabhängige Menschen. Die Kraft unseres Ansatzes liegt in der Vielfalt und Breite unserer Zugänge und Blickwinkel. Denn dadurch können wir die Demokratie, die wir einfordern, auch gleich gemeinsam in unserer Arbeit entwickeln", so die SprecherInnen der Wahlallianz.

Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ, zur Polit-Sensation: "Diese Wahlallianz ist eine große Chance, die träge politische Landschaft Österreichs in Bewegung zu bringen. Sie bietet den vielen, vielen unzufriedenen, sozial, ökologisch, menschenrechtlich und kulturell engagierten Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen auch politisch wirksam zu machen. Die Wahlallianz ist keine Fusion der beteiligten Parteien, sondern ein progressives, systemkritisches Netzwerk mit klarer sozialer Ausrichtung, das ausdrücklich auch für Parteilose offen ist."

"Gemeinsam hinterfragen wir das, was uns von der etablierten Politik als alternativlos verkauft wird: Etwa die undemokratische, bürgerferne Struktur der Europäischen Union; Bankenrettungen und Sparpolitik, bei denen die Gesellschaft die Zeche für Spekulanten

zahlt; oder die kontinuierliche Aushöhlung unserer Menschenrechte durch verdachtslose Überwachung und Datenmissbrauch", so Christopher Clay, Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei.

Gemeinsam vereinen die drei Parteien mehr als 3.000 Mitglieder und erzielten bei der vergangenen Nationalratswahl rund 90.000 Stimmen. Die Wahlallianz ist damit, zusammen mit vielen Unabhängigen die mitwirken werden, eine starke politische Alternative bei der kommenden EU-Wahl mit einem berechtigten Gestaltungsanspruch und großen Erfolgsaussichten.

Fayad Mulla vom Wandel ergänzt: "Indem wir unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen, ohne die existierenden Differenzen zu verdrängen, öffnen wir neue Wege, schaffen Raum für neues Denken und für emanzipatorisches Handeln. Gemeinsam haben wir die Stärke, ins Europäische Parlament einzuziehen. Dann werden wir auch dort zeigen, dass eine andere Politik und ein anderes Europa möglich sind!"

Mulla, Clay und Messner unisono: "Wir stehen für ein soziales, ein demokratisches, ein friedliches Europa. Ein Europa, in dem die Interessen der 99 Prozent im Mittelpunkt stehen. Ein Europa, in dem unsere Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern überall, sowohl online als auch offline, real existieren."

Plattform des GLB zur Arbeiterkammerwahl 2014

Zwischen Jänner und Mai 2014 werden die Vollversammlungen der Arbeiterkammern in den neun Bundesländern neu gewählt. Trotz fallweiser Kritik haben sich die jeweiligen Mehrheitsfraktionen der Länderkammern letztlich der Regierungslinie von SPÖ und ÖVP untergeordnet und ihren Frieden mit dem „Sozialpartner“ Wirtschaftskammer gesucht und gefunden.

Für die AK-Lohnabhängigen hat sich hingegen die wirtschaftliche und soziale Lage in den letzten fünf Jahren weiter verschlechtert. Auch wenn die Möglichkeiten der AK beschränkt sind, werden sie zur politischen Einflussnahme – etwa durch Gesetzesinitiativen – kaum genützt.

Als reine Serviceorganisation und Interessenvertretung bleiben die Kammern trotz eines umfassenden Angebots aber hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Spezifik der Funktion von Arbeiterkammern als gesetzliche und Gewerkschaften als freiwillige Interessenvertretung kommt bedingt durch personelle und fraktionelle Überschneidungen im Interesse der Lohnabhängigen zuwenig zur Geltung. Der GLB tritt für die offensive Nutzung der politischen Möglichkeiten der Arbeiterkammern, vor allem für Gesetzesinitiativen, ein. Wir wollen eine konsequente Interessenvertretung der Lohnabhängigen in enger Zusammenarbeit mit dem ÖGB und eine Absage an die institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Auch wollen wir eine stärkere Vertretung der Pensionistinnen durch die Arbeiterkammer.

Die Produktivität der Wirtschaft ist so hoch wie noch nie. Ihre rasante Entwicklung ist mit einer immer größeren Kapitalkonzentration bei den multinationalen Konzernen verbunden. Dem wachsenden Vermögen einer kleinen Minderheit steht eine Verschlechterung der Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten und zunehmende Armut gegenüber.

Unser Menschenbild orientiert hingegen auf die Entfaltung der einzelnen Menschen in einer solidarischen Gesellschaft, auf soziale Sicherheit und ein „gutes Leben“ für alle.

In Umkehrung eines Wirtschaftskammer-Spruches gilt demnach „Geht’s den Menschen gut, geht’s auch der Wirtschaft gut“. Diejenigen, welche die Werte schaffen, sollen auch darüber verfügen.

Arbeitsmarkt

Regierung und Sozialpartner beschönigen die Situation am Arbeitsmarkt. 4,3 Prozent Arbeitslosigkeit werden als de facto Vollbeschäftigung verkauft, 240.000 Arbeitslose zuzüglich 72.000 in Schulungen werden ebenso als normal empfunden wie der Umstand, dass jährlich 800.000 Menschen ständig oder zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. An die Stelle vollwertiger und sozial abgesicherter treten immer mehr atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse.

Der GLB fordert:

Mehr öffentliche Investitionen und Erhöhung der Kaufkraft zur Stärkung des Arbeitsmarktes.

Einschränkung der Leiharbeit.

Verbot von Kettenverträgen.

**GLB
Deine Stimme
aus dem Betrieb**

Arbeitszeit

Vor 30 Jahren forderte der ÖGB erstmals die 35-Stundenwoche, real steht Österreich mit 41,8 Wochenstunden an der EU-Spitze bei der längsten Arbeitszeit. Jährlich 303 Millionen Überstunden, davon 67 Millionen unbezahlt und ohne Zeitausgleich, würden rechnerisch 150.000 Arbeitsplätze bedeuten. Mit Zustimmung des ÖGB wurde die Arbeitszeit flexibilisiert und weiter verlängert. Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf gelten als normal, Nachtarbeit und Schichtarbeit werden für noch mehr Profit ausgeweitet. Die Angriffe auf die Wochenendfreizeit und den freien Sonntag verstärken sich. Die Arbeitszeitpolitik steht auch in engem Zusammenhang mit der Lohnpolitik.

Der GLB fordert:

30-Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich.

Reduzierung der Öffnungszeiten im Handel.

Keine Sonn- und Feiertagsöffnung.

Sechs Wochen Urlaub für alle.

Familie

Das Kindergeld brachte zwar für manche Gruppen eine Verbesserung, führte letztlich aber zu einer weiteren Verdrängung von Frauen von qualifizierten Arbeitsplätzen in prekäre Arbeitsverhältnisse.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist durch fehlende oder nicht ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen nicht gewährleistet. Die Familienbeihilfe wurde seit 2000 nicht mehr erhöht und verliert ständig an Wert.

Der GLB fordert:

Wertausgleich für die Familienbeihilfe und jährliche Erhöhung zumindest in Höhe der Inflationsrate.

Schaffung ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen und Mitfinanzierung durch die Unternehmen, die ja die Nutznießer der berufstätigen Eltern sind.

Einführung eines verpflichtenden „Papamomats“.

Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung. Gratskindergarten in allen Bundesländern.

Energie ist für 90.000 Haushalte ein Problem

Laut E-Control haben rund 170.000 Personen in Österreich ein Problem, ihre Energiekosten zu bezahlen.

Das Ergebnis einer Studie der E-Control zeigt, dass 90.000 Haushalte (rund 170.000 Personen) in Österreich Probleme haben, ihre Energiekosten zu bezahlen und dadurch als „energiearm“ gelten. Energiearmut ist dabei definiert durch ein Einkommen, das unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medianeinkommens (also unter knapp 1100,- € brutto) liegt und gleichzeitig Energiekosten, die um 40% über den Mediankosten liegen (also über 160,- € pro Monat für Strom und Heizung).

„Bei diesen Haushalten sind die klassischen Mittel der Armutsbekämpfung sehr teuer. Es wäre sinnvoller, gezielt gegen die hohen Energiekosten vorzugehen“, sagt E-Control-

Chef Walter Boltz. So würde heutzutage ein beträchtlicher Teil (konkrete Zahlen gibt es aufgrund des Föderalismus nicht) der frei verfügbaren Sozialausgaben der Länder und Kommunen in Heizkostenzuschüsse fließen, mit denen dann lediglich die hohen Kosten bezahlt werden.

„Das Geld aus den Landesbudgets fließt also schlussendlich an die landeseigenen Versorger. Da muss man wirklich fragen, ob das geschieht ist.“

Typischerweise treffe Energiearmut übrigens nicht alleinstehende Männer in Wien – wie ältere Befragungen ergaben –, sondern Pensionistinnen in Westösterreich. „Die leiden aber oft im Stillen“, so Boltz.

Ehrenhauser:

Ich werde die Wahl-Allianz unterstützen

Martin Ehrenhauser, derzeit unabhängiger österreichischer EU-Abgeordneter, spricht im Interview mit der Wiener Zeitung über seinen persönlichen Hintergrund, warum er die Wahl-Allianz aus KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängigen auf jeden Fall unterstützen wird und was er politisch für möglich hält.

Ehrenhauser: "Das Bündnis hatte zusammen 90.000 Stimmen bei der Nationalratswahl. Fürs EU-Parlament sind weniger als 150.000 Stimmen nötig. Das ist bei professionellem Wahlkampf absolut möglich."

Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt noch einmal die Tarockkarten. „Der is mit ana Nachbarin in de Hauptschul gangen“, sagt Bertl, „de hat an Buam in da Hauptschul und der is net unbedingt a Wiffzack. Der Bua is unglücklich dort, weil er ned mitkommt und wa gern in ana Sonderschul. Aber er derf ned, er muß erst amal sitzen bleiben und erst dann wird er getestet. Da Pepi, glaubt er kann der Nachbarin und dem Buam helfen.“

„Na, i glaub da habens aber in der Volksschul urndlich weggschaut“, sagt Michi, „aber was i ghort hab, wird de Sonderschul eh aufgelöst, und schwächere Kinder nach an anderen Lehrplan unterrichtet.“

„Im Bildungssystem krachts und krammelts sowieso“, lacht Franz, „es is wirklich a Witz, wia ma mit de Kinda und oba a mit de Lehra umgeht.“

„Bei uns im Bezirk gibt's a paar Sachen, de an aufsteßn. Ihr wißt's ja, dass am Eisring Süd a Einkaufszentrum und Wohnungen baut wern solln. Aber ma hert, dass der Boden kontaminiert sei soll. Von offiziellen Stellen gibts aber nix näheres zu hören“, meint Bertl.

„Dafür hört man vom ‚Freund‘ des kleinen Mannes urndliche Trümmer. A Arbeiter verdient 3000,- € brutto mant er. Er selber hat ja ‚nur‘ sich 90.000,- € Pensionsbeiträge und 25 Monatsgehälter ORF-Abfertigung, des san 246.000,- €, auszahlen lassen. Laut altem ASVG gabs aber nur 12 Gehälter für uns“, sagt Franz, „mit so an Spitzenkandidaten bei der EU-Wahl hat sie die SPÖ a Eigengoal geschossen. Da treibts ja alle zur FP.“

„Wer waas“, meint Bertl, „es gibt ja a ernstzunehmende Wahlallianz zwischen der KPÖ, den ‚Piraten‘ und dem ‚Wandel‘. Damit sans in Mandatsnähe.“

Die Tür öffnet sich und Kurtl kommt herein. „Servus Eva, gib ma bitte a Krügel Bier. Jetzt

bin i extra zum Nussböck-Uhrmacher gangen mit ana hinigen Uhr, aber des Geschäft is jo zua.“ „Des wiß ma do eh scho“, sagt Eva und stellt ihm das Glas hin. Er erblickt in die unvollständige Kartenrunde. „I frog eich gar net wengan mitspielen“, meint Kurtl, „i hab den Pepi eh scho kumman gsegn. Irgendwer hat ihn angredet wegen der AK-Wahl.“

Pepi kommt atemlos ins Lokal. „Tuat ma lad, aber i bin aufgehhalten worden. A U-Bahnfahrer hat mi angredet und gsagt, er wählt bei der AK-Wahl den GLB, weil auf die Leit Verlaß is. Dann hat er no gmant, er tät bei anderen Wahlen die KPÖ wählen, er glaubt scho, dass da guate Leit dabei san. Aber die ghören sichtbar gemacht mit Bildern und persönlichen Aussagen in der KP-Zeitung. I Hab ihm zugestimmt und gmant, es gibt da die Leit, die das soziale Gew-issen im Bezirksrat sein könnten und sicherlich für jene da wären, die keine Lobby hätten, die Arbeiter, die Pensionisten und die...“

„I stimm da zua“, sagt Franz, „jetzt heb owa o.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.

